WP-01-K2-527-2

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Nach Zeile 527 einfügen:
Ziel muss es deshalb sein, umgehend eine umfassende Reform der Notfallversorgung einschließlich des Rettungsdienstes auf den Weg zu bringen. Wir wollen die Wahrscheinlichkeit einen Herz-Kreislauf-Stillstand zu überleben systematisch erhöhen, etwa durch regelmäßige Unterweisungen in Wiederbelebungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, flächendeckender Nutzung von Erst-Helfer-Apps und der verbindlichen Ausstattung öffentlicher Orte mit Laien-Defibrillatoren (AED).

Von Zeile 531 bis 536 löschen:
Oberste Priorität hat für uns dabei, dass für alle Menschen in unserem Land Krankenhäuser und bestmögliche Grundversorgung schnell erreichbar sind. ~~Die Notfallversorgung, den Rettungsdienst und die Finanzierung der Apotheken wollen wir im Hinblick auf eine gute, flächendeckende und effiziente Versorgung reformieren.~~ Für die Gesundheitsberufe wollen wir mehr Kompetenzen und so eine bessere Arbeitsteilung und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen. Auch in

Begründung

Eine Reform der Notfallversorgung einschließlich des Rettungsdienstes war bereits ein zentrales Anliegen von uns Grünen in dieser Legislatur. Seit Jahren wird sie von Expertinnen und Experten (Sachverständigenrat, Regierungskommission etc) empfohlen. Neben einer besseren Behandlung – und Versorgungsqualität wird das jährliche Einsparpotenzial durch die Reduktion medizinisch nichts sinnvoller Krankenhausbehandlungen auf circa 3 Milliarden € eingeschätzt. Die Notfallreform liegt bereits Beschluss fertig. In einem guten Entwurf im deutschen Bundestag und wird nun der Diskontinuität zum Opfer fallen. Sie sollte mit hoher Priorität zu Beginn der kommenden Legislatur zu Gunsten von Patienten und Personal endlich umgesetzt werden. Unabhängig davon ist das Überleben nach einem Herzkreislaufstillstand in Deutschland seit Jahren schlechter als in den europäischen Nachbarländern. Das liegt daran, dass empfohlene Maßnahmen seit Jahren in Deutschland nicht systematisch umgesetzt werden. Hier für die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu sorgen wird viele tausende Menschenleben pro Jahr retten, wie entsprechende Beispiele aus den Nachbarländern zeigen.

weitere Antragsteller*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Johannes Wagner (KV Coburg-Stadt); Saskia Lea Raquel Weishaupt (KV München); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Matthias Dorka (KV Main-Kinzig); Frank Wösten (KV Bremen-Nordost); Kerstin Selinski-Spohler (KV Bremen Links der Weser (LdW); Taylan Deniz Kuzu (KV Köln); Heike Marré (KV Düren); Philipp Mathmann (KV Münster);

Thomas Götz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Martina Tallgauer-Bolte (KV Bremen Links der Weser (LdW); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Grit Menzzer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Rolf Syben (KV Berlin-Kreisfrei); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 44 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.